

„RESERVAT DER ORDINARIEN“ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN FORSCHUNGS- GEMEINSCHAFT ZWISCHEN 1920 UND 1970

Patrick Wagner

Im Oktober 1970 feierte die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) das fünfzigste Jubiläum der Gründung ihrer Vorläuferorganisation, der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“. In den Chor der Gratulanten mischten sich auch einige kritische Stimmen aus den Reihen jener, die für eine Demokratisierung der ebenso autoritär wie hierarchisch verfassten Ordinarienuniversität stritten. So erklärte die Bundesassistentenkonferenz als Interessenvertretung des akademischen Mittelbaus: „Alle Diskussionen über Mitbestimmung sind fruchtlos an der DFG vorübergegangen; je mehr sich die Ordinarien in den Hochschulen der Mitsprache anderer Gruppen nicht mehr entziehen können, desto mehr drohen sie die DFG als letztes Reservat zu missbrauchen.“¹

DIE VERGEMEINSCHAFTUNG DEUTSCHER HOCHSCHUL- WISSENSCHAFTLER

In der Tat ist die Geschichte der DFG unter anderem die Geschichte eines sozialen Raumes, in dem und durch den sich ein spezifischer Typus des Wissenschaftlers über Jahrzehnte materielle Ressourcen, Einfluss und Reputation sicherte. Wenn die Bundesassistentenkonferenz nun aber 1970 die Population dieses sozialen Raumes für weitgehend identisch mit dem traditionalistischen Flügel der Ordinarien westdeutscher Hochschulen hielt, so war dies insofern eine unzureichende Beschreibung, als die Klientel der DFG von Beginn an eine viel größere und differenzierte Formation bildete. Letztlich gehörten zwischen 1920 und 1971 alle habilitierten Hochschulforscher sowie einige ihnen an Status gleichrangige Wissenschaftler außerhalb der Hochschulen dazu. Legt man das Stimmrecht bei den Wahlen der DFG-Fachgutachter zugrunde, so handelte es sich 1925 wie 1955 gleichermaßen um etwa 7000 Personen, darunter 5500 Hochschulwissenschaftler. Mit dem Ausbau der Hochschulen wuchs in der Folge die Zahl der Stimmberechtigten bis 1967 auf 12 500.²

¹ Presseerklärung vom 26. 10. 1970, Bundesarchiv Koblenz (BAK), B 227/544.

² Vgl. die Aufstellung der Wahlberechtigten von 1922, BAK, R73/123, fol. 22f. und das Protokoll des DFG-Senats vom 12. 7. 1967, BAK, Film 1831 K.

Treffend war die Charakterisierung der DFG als „Reservat der Ordinarien“ aber insofern, als der wilhelminische Ordinarius jenes kulturelle Leitbild verkörperte, das innerhalb der DFG über Jahrzehnte eine Hegemonie besaß. Die Vorherrschaft dieses Leitbildes wurde verkörpert von den Mitgliedern der Spitzengremien – Präsidium, Hauptausschuss und (seit 1951) Senat –, von den Angehörigen der Kommissionen und Ausschüsse sowie schließlich von den Fachgutachtern. Letztere galten dem Senat der Universität Gießen 1927 als „die anerkannten Führer der einzelnen Wissenschaftsgebiete“, und eine soziologische Untersuchung über die Gutachter des Jahres 1976 konstatierte deren signifikant überdurchschnittliche wissenschaftliche Produktivität und wissenschaftspolitische Aktivität in den Netzwerken ihres jeweiligen Faches.³ Die Gremien der DFG wurden über Jahrzehnte von einer relativ kleinen Gruppe von Ordinarien dominiert, die zugleich an ihren Hochschulen, in Fachverbänden, als Lehrbuchautoren und Häupter wissenschaftlicher Schulen besonders einflussreich waren, wobei das Ausmaß dieser Exklusivität allerdings ab Ende der 1950er Jahre sank – und mit ihm die Verbindlichkeit des von diesen Wissenschaftlern verkörperten Leitbildes.

Drei Aspekte sind für die Bewohnerschaft des sozialen Raumes DFG im Untersuchungszeitraum charakteristisch: Erstens handelte es sich im Kern um die Professoren der deutschen Hochschulen, oder zugespitzt, die Geschichte der DFG ist die Geschichte des deutschen Professors. Industrieforscher oder Forscher aus Instituten der staatlichen Ressortforschung spielten hier nur Nebenrollen. Zweitens konstituierten sich aber die in der DFG beheimateten Forscher als Elite mit Vertretungsanspruch für die Wissenschaft schlechthin und zugleich als Gruppe mit spezifischen affektiven wie normativen Bindungen untereinander. Diese konstante Selbstverortung kam in Selbsttitulierungen der DFG wie „Gelehrtenrepublik“, „Gutachterdemokratie der Wissenschaft“, vor allem aber im Begriff der „Gemeinschaft“ zum Ausdruck.⁴ Wenn die Gründer der DFG diese 1920 nicht als Stiftung oder Verband aus der Taufe hoben, sondern als „Notgemeinschaft“, so artikulierten sie ein spezifisches Verständnis von sich als Gruppe, das der zeitgenössische Brockhaus so auf den Begriff brachte: Die „Gemeinschaft“ sei „eine Gruppe von Menschen, die sich durch die Gemeinsamkeit des Denkens, Fühlens und Wollens im Sein und Verhalten eins fühlt. Die Gemeinschaft gilt als natürlich und organisch gewachsen. In ihr herrscht die gemeinsam verbindende Gesinnung und nicht der Kampf um Interessen.“⁵ Drittens bestand die zentrale vergemeinschaftende Praxis der Gruppe DFG in der *idealiter* gegenseitigen Begutachtung, in der wechselseitigen Akkreditierung als seriöse, weil zur Forschergemeinschaft gehörige Wissenschaftler, aber auch in der Formulierung der für Forschung gültigen Regeln, Methoden und Fragestellungen und ihrer permanenten Verteidigung gegen, aber auch Anpassung an äußere wie innerwissenschaftliche Veränderungen.

³ Schreiben des Senats der Universität Gießen an den DFG-Präsidenten Friedrich Schmitt-Ott vom 7.12.1927, BAK, R73/125, fol. 43 R; vgl. Neidhardt, DFG-Gutachter.

⁴ Bericht 1968, S. 7 und Bericht 1973, S. 11.

⁵ Zit. nach Ringer, Gelehrte, S. 327.

Vergleicht man die Begutachtungspraxis der späten 1920er, der frühen und der späten 1950er Jahre miteinander und versucht, die Häufigkeit und Valenz der in Gutachten benannten Kriterien „guter Forschung“ zu bewerten, so wird in der Tendenz eine bemerkenswerte Verschiebung erkennbar: In den 1920er und ebenso in den frühen 1950er Jahren dominierte die explizite Bewertung der Persönlichkeit des Antragstellers und der Resonanz seiner bisherigen Arbeiten innerhalb einer engeren Fachgemeinschaft. Ein idealtypisches Gutachten dieser Art hat der Biochemiker Adolf Butenandt 1954 verfasst, als er den Reisebeihilfeantrag eines Physiologen mit den Worten befürwortete, dieser habe „große wissenschaftliche Verdienste“, man greife „auf seine sauberen Arbeiten in der ganzen Welt zurück. Was bei dem speziellen Vorhaben herauskommen werde, könne man nicht sagen; das sei aber ja oft so, und man müsse davon ausgehen, dass hinter dem Antrag eine ernst zu nehmende wissenschaftliche Persönlichkeit stehe, die sicher irgend einen Erfolg mitbringen werde.“⁶ Am Ende des Jahrzehnts verschoben sich die Gewichte unter den explizit benannten Begutachungskriterien. Fragen des Innovationspotentials, der theoretischen Fundierung und des methodischen Designs beantragter Projekte erlangten ein Übergewicht gegenüber explizit personalisierenden Kriterien – oder anders gesagt: Seriöse Wissenschaftlichkeit wurde immer stärker über wissenschaftliche Praktiken und in sinkendem Maß über wissenschaftliche Persönlichkeiten definiert. Damit reagierten die DFG-Gutachter auf eine Pluralisierung wissenschaftlicher Stile und beförderten diese zugleich, es wird aber auch ein schwindender Konsens über den idealen Habitus des Hochschulwissenschaftlers deutlich.

„Wissenschaftliche Persönlichkeit“ im Sinne Butenandts – das meinte bis dahin mehr als professionelle Kompetenz für ein Fachgebiet, meinte vor allem eine normative Vorstellung vom Habitus eines Wissenschaftlers. Am deutlichsten und für die Entscheidungsfindung wichtigsten wurde dieses normative Modell bei Anträgen von bzw. für den „wissenschaftlichen Nachwuchs“. Hier flossen in die Gutachten nicht nur Prognosen über die späteren Chancen der Betroffenen auf dem Berufungsmarkt ein, sondern es wurden auch explizit Verhaltensnormen formuliert. 1955 wie 1930 wurde eine Balance von Folgsamkeit und Selbständigkeit gefordert, eine durch den Mentor kanalisierte Kreativität und damit die Einpassung in die autoritäre Hierarchie der Ordinarienuniversität. Bei Wissenschaftlerinnen kam zumeist noch die dem Frauenbild der Gutachter entsprechende Forderung hinzu, sich widerspruchlos und uneigennützig, sprich: „harmonisch in die Arbeitsgemeinschaft“ ihrer Institute „ein(zu)fügen“, sich „Sympathien“ zu erwerben und auf keinen Fall „persönlich problematisch“ zu sein.⁷ Generell wurde Begutachtung somit zum Instrument dessen, was der Soziologe Jürgen Wilhelm

⁶ Hauptausschussliste 59/1954, S. 5, BAK, B 227/118.

⁷ So ein Gutachten von 1959, Hauptausschussliste 32/59, BAK, B 227/115. Die Gleichzeitigkeit der Forderung, als Person möglichst hinter „der Sache“ zu verschwinden und sich doch erkennbar zu profilieren, machte es für Frauen besonders schwer, Gnade in den Augen der Gutachter zu finden.

einmal den „Tribalismus“ der Ordinarienuniversität genannt hat, des Strebens ihrer Oberschicht nach habitueller Homogenität als privilegierter Elite.⁸

Innerhalb des sozialen Raumes DFG ist von den 1920er Jahren bis zum Ende der 1950er Jahre die Hegemonie eines spezifischen normativen Selbstbildes, eines Idealtypus des seriösen Wissenschaftlers zu erkennen. Zwar entsprachen viele Bewohner dieses sozialen Raumes ihm nicht in allen Merkmalen, ja sie widersprachen in internen Debatten der Leitbildfunktion dieses Idealtypus sogar immer wieder ausdrücklich. Die DFG war genau jener Raum, in dem verschiedene Realtypen deutscher Hochschullehrer jeweils ihre Normen, Selbst- und Wissenschaftsverständnisse zu vergemeinschaften suchten. Einen Idealtypus zu postulieren, bedeutet demnach nicht mehr, aber auch nicht weniger, als zu behaupten, dass sich innerhalb der DFG-Klientel die Hegemonie eines spezifischen Typus von Wissenschaftler konstatieren lässt.

Der Idealtypus des DFG-Forschers lässt sich in der Formel zusammenfassen, dass er sich nicht nur als Mitglied einer Leistungs-, sondern zugleich auch als Mitglied einer Werteelite verstand. Er war Hochschulordinarius (oder er wollte es werden), nicht: Industrieforscher, selbständiger Erfinder, Privatgelehrter, freischaffender Intellektueller oder Publizist. Er verstand sich selber möglichst als Grundlagenforscher, nicht als Protagonist angewandter Forschung. Das bedeutete nicht notwendig, dass jene Forschung, die er konkret betrieb, zweckfreies Streben nach Erkenntnis sein musste. Walther Gerlach, vor 1945 Fachspartenleiter Physik des Reichsforschungsrates (RFR) und in den 1950er Jahren Vizepräsident der DFG, verstand sich als Grundlagenforscher und engagierte sich zugleich im Zweiten Weltkrieg für die Entwicklung von Torpedos. Was aber bedeutete es dann, sich selbst als Grundlagenforscher zu etikettieren? Wissenschaftshistoriker haben immer wieder mit wenig Erfolg versucht, Grundlagen- und Zweckforschung anhand der Gegenstände, Fragestellungen und außerwissenschaftlichen Wirkungen der wissenschaftlichen Tätigkeit voneinander zu unterscheiden. Die Selbstetikettierung als Grundlagenforscher sagt aber weniger aus über die Tätigkeit des Betreffenden als über seine subjektive Selbstsicht, sein normatives Verständnis „echter“ Wissenschaft und seine Resonanzwartungen bzw. -hoffnungen. Der amerikanische Wissenschaftssoziologe Norman Storer hat es plausibel auf den Begriff gebracht: Der Grundlagenforscher möchte mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten – auch wenn er einen Torpedo entwickelt – Reputation vor allem bei seinen wissenschaftlichen Fachkollegen erringen; der Zweckforscher zielt dagegen auf Reputation und Gratifikation, spricht: auf Resonanz bei außerwissenschaftlichen Adressaten, etwa in der Industrie und in der Politik.⁹ Daher konnten sich deutsche Professoren im Kontext der DFG der 1920er bis 1940er Jahre voller Inbrunst anwendungsorientierten Projekten widmen, die auf die Revision des Versailler Vertrages und dann den deutschen Sieg im Zweiten Weltkrieg zielten, und sich dennoch als Grundlagenforscher verstehen – war doch das nationalistische Ziel in ihren eigenen Reihen derart unangefochten, dass man als angepeilte Re-

⁸ Wilhelm, *Stammeskultur*, S. 479.

⁹ Vgl. Storer, *Aspekte*, S. 85–120, hier S. 91–100.

sonanzgruppe der eigenen Arbeiten die Kollegen und nicht etwa das NS-Regime im Blick haben konnte. Und aus demselben Grund unterschieden, wie Corinna Unger gezeigt hat, Gutachter und Gremien der DFG ab 1949 Projekte der Ostforschung anhand ihrer Adressaten als entweder „politisiert“ (gleich unseriöse Wissenschaft) oder als „reine Wissenschaft“ (gleich „Grundlagenforschung“).¹⁰

Der idealtypische DFG-Forscher verstand sich zudem auch dann, wenn er Mediziner oder Naturwissenschaftler war, als humanistisch gebildeter „Gelehrter“ und insistierte auf der „Einheit der Wissenschaften“, für welche die DFG angesichts zunehmender Spezialisierungen eine Klammer bilden sollte. Noch 1959 klagte ein Technikwissenschaftler darüber, dass in den Gremien der DFG die „geisteswissenschaftlich gebildeten Personen“ überwögen – und damit meinte er eben nicht eine – gar nicht existente – Gremienmehrheit der Geisteswissenschaftler, sondern die Affinität der tonangebenden Natur- zu den Geisteswissenschaftlern.¹¹ Innerfachlich bedeutete das Selbstverständnis als Gelehrter einerseits die Rückbindung des Spezialistentums an ein holistisches Konzept der eigenen wissenschaftlichen Arbeit und andererseits die Überzeugung, dass letztlich nur die Kreativität des genialen Einzelnen Innovation erzeuge – weshalb das auf die Förderung Einzelner abgestellte Verfahren der Projektförderung in der DFG im Untersuchungszeitraum stets als Kern von Forschungsförderung begriffen wurde. Das politisch Spezifische des DFG-Wissenschaftlers bestand schließlich stets darin, unspezifisch zu sein, seine Verortung entsprach in der Tendenz jeweils dem Mainstream des Bildungsbürgertums: Er war 1925 national, autoritär, antirepublikanisch, 1940 noch entschiedener nationalistisch und 1955 Anhänger einer antitotalitären, formalen Demokratie.

Wie das Bildungsbürgertum generell, das seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in Permanenz unter Statusunsicherheit, politischen und Kriegsniederlagen litt, kultivierte auch der idealtypische DFG-Forscher zwischen 1920 und 1960 ein Lebensgefühl permanenter Krise. 1920 wie 1949 nannten die DFG-Gründer ihre Organisation jeweils „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“. Beide Male konnte man mit gutem Grund konkrete Nöte benennen, unter denen die Wissenschaftler litten: Kriegszerstörungen, materieller Mangel, fragile Ordnungen. Die Gründung der Notgemeinschaft im Jahre 1920 war nicht zuletzt der Versuch der in ihrer Mehrheit antirepublikanischen Professoren, unter den als „Not“ begriffenen neuen politischen Rahmenbedingungen einen sozialen Raum für sich selbst zu schaffen, in dem sie Distanz zu dieser Republik wahren, in dem sie ihre politischen wie wissenschaftlichen Orientierungen konservieren konnten, von dem aus sie aber zugleich Einfluss nehmen, einen privilegierten Status und staatliche Ressourcen beanspruchen konnten. Friedrich Schmitt-Ott als letzter königlich-preußischer Kultusminister und Gründungspräsident der DFG im Jahr 1920 verkörperte dieses ambivalente Verhältnis zum republikanischen Staat in

¹⁰ Vgl. Unger, Ostforschung, S. 271–278.

¹¹ So der Technikwissenschaftler Dolezalek in einem Schreiben an den DFG-Präsidenten Hess vom 19. 1. 1959, BAK, Film 1789 K.

idealer Weise. So gesehen, war die Notgemeinschaft von 1920 die Antwort auf eine momentane „Not“.

Aber es ist auffällig, dass diese Not über Jahrzehnte so kontinuierlich beschworen wurde. Jene Nöte, vor denen das Reservat DFG Schutz bieten sollte, mochten zu einem bestimmten Zeitpunkt zwar konkrete Ausdrucksformen annehmen, aber sie waren erkennbar Elemente einer lang andauernden, gefühlten Dauerkrise der deutschen Hochschulwissenschaftler, die man mit der Formel eines säkular sinkenden Status ihrer Forschung umschreiben kann. Nicht die absolute Höhe, aber der relative Anteil der Hochschulen an den staatlichen Wissenschaftsausgaben sank in Deutschland schon seit 1890, als er noch einen Wert von 49 Prozent besessen hatte. 1910 war man bei 35 Prozent angelangt und erreichte 1920 mit einem Wert von 26 Prozent ein nun vorerst stabil niedriges Niveau. Zugleich verschoben sich die Gewichte zunehmend weg von staatlich finanzierter und hin zu industrieller Forschung, die in Deutschland kaum an Hochschulen stattfand. Insgesamt also handelte es sich um ein langfristiges Phänomen, das die Zeitgenossen auf die Formel des „Auszugs der Forschung aus der Universität“ brachten, und das erst in der Bundesrepublik enden sollte. 1965 erreichten die Hochschulen wieder einen Anteil an den staatlichen Wissenschaftsausgaben von über 40 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung zeigen Statistiken, die versuchen, den Anteil von Institutionen der Grundlagen- und der Zweckforschung an den staatlichen Forschungsgeldern auszuweisen: bereits im Kaiserreich fallende Werte der Grundlagenforschung, ein Anstieg der Zweckforschung und schließlich eine finanzielle Revitalisierung der Grundlagenforschung ab den 1950er Jahren.¹²

Die letztlich wichtigste säkulare Entwicklung, die von der Population der DFG als Krise gedeutet wurde, bestand in der Genese der „Wissensgesellschaft“ im Sinne Peter Weingarts, was eben nicht nur die Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und ihres Alltags bedeutete, sondern auch die Vergesellschaftung der Wissenschaft, die Politisierung, Medialisierung und Ökonomisierung ihres Alltags, ihre zunehmende Abhängigkeit von anderen Teilsystemen der Gesellschaft und damit die zunehmende Bewertung wissenschaftlicher Arbeit anhand außerwissenschaftlicher Kriterien und durch außerwissenschaftliche Instanzen.¹³ Die DFG diente ihrer Population unter der Losung „Autonomie der Wissenschaft“ einerseits als Rückzugsraum gegenüber solchen Zumutungen aus Staat, Wirtschaft und Öffentlichkeit und andererseits als Mittlerin und Lobbyistin gegenüber den außerwissenschaftlichen Interessen. „Wissensgesellschaft“, das bedeutete im Übrigen seit etwa 1900 auch, dass den Wissenschaften, die gerade erst die Religion als wichtigste Instanz autoritativer Weltdeutung abgelöst hatten, neue Konkurrenten in Gestalt politischer Ideologien, diverser Okkultismen und neuer Formen von Religiosität erwachsen. Max Planck klagte 1922, der „Wunderglaube in den verschiedensten Formen“ verdränge die Wissenschaften selbst „in weiten Kreisen der Gebildeten“, und sein Kollege Arnold Sommerfeld konstatierte fünf Jahre später empört, in seiner Heimatstadt München lebten mehr Menschen von Astrologie

¹² Vgl. Pfetsch, Datenhandbuch, S. 114, 181.

¹³ Vgl. Weingart, Stunde, S. 18 f., S. 27–34, 327–333.

als von Astronomie.¹⁴ Fast vier Jahrzehnte später betonte DFG-Generalsekretär Kurt Zierold, man lebe „in einer Zeit, in der die Wissenschaftler aller Fachgebiete gegenüber Unwissenschaftlichkeit und Halbwissen zusammenstehen müssen“.¹⁵

Ein letzter Aspekt des säkularen Krisengefühls deutscher Hochschulwissenschaftler wurde seit etwa 1910 unter dem Slogan eines „Rückstands“ der deutschen Forschung verhandelt. Am Anfang des 20. Jahrhunderts konnten deutsche Wissenschaftler mit Recht behaupten, fast alle Disziplinen international zu dominieren, doch schon die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahr 1911 wurde von der Furcht motiviert, von den USA überflügelt zu werden, eine Schreckensvision, die spätestens 1930 Wirklichkeit geworden war. Doch erst nach 1945 wuchs die Bereitschaft deutscher Wissenschaftler, den einstigen Weltmachtanspruch aufzugeben und sich damit abzufinden, dass das deutsche Wissenschaftssystem schon aufgrund limitierter Ressourcen zu internationaler Exzellenz nur in wenigen Feldern fähig war und auf anderen seine Zweit- oder Drittklassigkeit würde akzeptieren müssen.

Nur die letztgenannte der hier aufgezählten Krisenerfahrungen war spezifisch deutsch; die übrigen Phänomene finden sich mutatis mutandis auch in den anderen großen Wissenschaftsnationen. Und auch die DFG war international kein Solitär im sozialen und institutionellen Gefüge der Wissenschaften. In fast allen vergleichbaren Nationen deuteten die an Hochschulen arbeitenden, sich als Grundlagenforscher definierenden Wissenschaftler das 20. Jahrhundert als permanente „Krise“; überall diagnostizierten sie den Status- und Autonomieverlust ihrer Form von Wissenschaft. Und die Antworten waren tendenziell ähnlich. So schufen sich die universitären Grundlagenforscher der USA 1916 mit dem National Research Council und 1950 mit der National Science Foundation der DFG vergleichbare Nischen und Lobbyorganisationen.¹⁶ Die meisten Merkmale des „Reservates“ DFG, die gesellschaftlichen Gesamtentwicklungen, auf die es antwortete und die Gestalt der Antworten, die es gab, entsprachen einer internationalen Entwicklungstendenz im institutionellen und sozialen Gefüge der Wissenschaften.

Spezifisch deutsch an der Geschichte des hochschulprofessoralen Reservates DFG war, dass um 1920 ein erster Höhepunkt des skizzierten säkularen Krisengefühls der Hochschulforscher zusammentraf mit den Erfahrungen der Kriegsniederlage und des Untergangs der alten Ordnung. Dieses Zusammentreffen führte dazu, dass die Akteure die Krise der Hochschulforschung und die Krise der Nation, die militärische Niederlage und die internationale wissenschaftliche Deklassierung als Einheit deuteten. Die Revision des Versailler Vertrages erschien in dieser Perspektive als untrennbar verbunden mit der Überwindung der Krise

¹⁴ Planck zit. nach Forman, Kultur, S. 71; zu Sommerfeld vgl. ebd., S. 72.

¹⁵ So Zierold in der Deutschen Universitätszeitung 1963, wieder abgedruckt als Zierold, Geisteswissenschaften, S. 61.

¹⁶ Vgl. Kohler, Science; Geiger, Knowledge; ders., Research. Auch das französische Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), profilierte sich in den 1950er und 1960er Jahren als Lobbyistin universitärer Grundlagenforschung, vgl. Picard, L'Organisation, S. 261 f., 268; sowie ders., La république, S. 272.

der Hochschulwissenschaft und umgekehrt. Zugleich schien der militärische und wirtschaftliche Kollaps auch eine Chance zur Aufwertung des vor 1914 prekär gewordenen Status von Wissenschaft zu bieten. Der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Adolf von Harnack, hat das im Vorfeld der DFG-Gründung 1920 auf die Formel gebracht, vor dem Krieg habe Deutschlands Weltgeltung auf drei Säulen geruht: Militär, Industrie und Wissenschaft, nun aber stehe nur noch die Säule Wissenschaft aufrecht da. Forschung, so erklärte der Hauptausschuss der DFG 1926, sei „dasjenige Kapital, welches das verarmte deutsche Volk in besonderem Maße“ noch besitze.¹⁷ In der Summe lud die Population der DFG ihre Krisenängste, ihre Interessen und ihre Strategien zu deren Wahrung von Anfang an nationalistisch auf. Bedingt durch die Kriegsniederlage tat sie das in einer viel radikaleren Form als ihre Pendanten in den Gesellschaften der Entente.

Im Bereich der Medizin sowie der Natur- und Technikwissenschaften führte dies schon ab Mitte der 1920er Jahre zu Schwerpunktbildungen innerhalb der DFG-Förderung bei solchen Themenfeldern, die, so ein Mediziner 1926 im Hauptausschuss, dem „Konkurrenzkampf mit dem Ausland und Amerika“ dienten, bis hin zur Förderung getarnter Rüstungsforschung, etwa bei der Entwicklung von Flugzeugmotoren für große Höhen.¹⁸ In den Geisteswissenschaften fanden ähnliche Schwerpunktbildungen im Bereich dessen statt, was Frank-Rutger Hausmann „antagonistische Geisteswissenschaften“ genannt hat, das heißt bei Versuchen, deutsche Dominanzansprüche in Europa mit historischen, linguistischen, volks- und kulturkundlichen Studien zu untermauern und das geistige Profil potentieller Kriegsgegner wissenschaftlich zu vermessen. Es gehe, so der DFG-Bericht für 1930/31, um „die Verteidigung des gegenwärtigen und zukünftigen Raumes für das deutsche Volk“.¹⁹

SELBSTMOBILISIERUNG IM NATIONALSOZIALISMUS

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeutete auch für die DFG einen tiefen Einschnitt, wurde doch nun innerhalb weniger Jahre etwa ein Fünftel der deutschen Hochschullehrer aus ihren Positionen – und damit auch aus der DFG und schließlich aus dem Land vertrieben. Kennzeichnend für die Vertreibung jüdischer und demokratischer Wissenschaftler aus der DFG war das bleierne Schweigen, mit dem ihre Kollegen dies quittierten und damit bislang zentrale Normen ihres sozialen Raumes, wie die viel beschworene „Autonomie der Wissenschaft“, preisgaben. Als sich der bisherige DFG-Vizepräsident Fritz Haber, 1920 einer ihrer Gründungsväter, Anfang Mai 1933 aus deren Gremien zurückzog, weil er erkannt hatte, dass seine jüdische Herkunft über kurz oder lang zur Vertreibung aus seinen Ämtern führen würde, kommentierte dies Walther von Dyck, Mathematiker und wie Haber DFG-Vizepräsident, mit den Worten, er habe schon Habers

¹⁷ Protokoll des Hauptausschusses vom 6. 1. 1926, BAK, R 73/90.

¹⁸ Notizen zum Protokoll des Hauptausschusses vom 6. 1. 1926, BAK, R 73/89.

¹⁹ Zehnter Bericht, S. 91.

Wahl in sein Amt „nie für gut“ gehalten.²⁰ DFG-Präsident Friedrich Schmitt-Ott äußerte sich nicht zu Habers Demission und teilte stattdessen dem Reichsinnenministerium (RMdI) mit, dass die DFG ihre einzige nicht „arische“ Angestellte inzwischen entlassen habe. Ab Juni 1933 versagte die DFG-Führung aus eigener Initiative Stipendienanträgen jüdischer Wissenschaftler die Bewilligung – drei Monate, bevor sie vom RMdI zu einem solchen Handeln aufgefordert wurde. Ab Sommer 1934 holte man zudem zu den Antragstellern politische Gutachten der jeweiligen NS-Dozentenbundführer ein.²¹

Die Gründe für dieses Verhalten mögen vielfältig sein, von Opportunismus bis zu Traditionen des akademischen Antisemitismus reichen, entscheidend aber war, dass sich seit den 1920er Jahren ein zunehmend radikaler werdender Nationalismus zum selbstverständlichen Bestandteil des verbindlichen Habitus deutscher Hochschullehrer entwickelt hatte und eben nicht mehr als außerwissenschaftlicher Faktor, sondern als konstitutives Element einer spezifisch deutschen seriösen Wissenschaftlichkeit verstanden wurde, gegenüber dem traditionelle Wissenschaftsnormen wie Standessolidarität oder Universalismus als nachrangig empfunden wurden. Thematisch konnte die DFG ihre bisherige Förderpolitik ohnehin auf vielen Feldern fortschreiben; mit der Förderung von „Gemeinschaftsarbeiten für Rassenforschung“ etwa hatte sie schon 1928 begonnen.

Obwohl die über 1933 hinaus im Rahmen der DFG wissenschaftspolitisch aktiven Ordinarien hoffen durften, das neue Regime werde sie als Brüder im antirepublikanischen und nationalistischen Geiste anerkennen, geriet die DFG schnell in den Strudel jener Auseinandersetzungen um Machtpositionen, Einflussphären und wissenschaftspolitische Konzepte, welche das wissenschaftliche Feld während der ersten drei Jahre des NS-Regimes generell prägten. Im Juni 1934 musste Schmitt-Ott die DFG-Präsidentschaft an den Physiker, wissenschaftspolitischen Radauantisemiten und „alten Kämpfer“ Johannes Stark übergeben, der seinerseits zwei Jahre später dem Chemiker Rudolf Mentzel zu weichen hatte. 1937 wurde die DFG in zwei Ebenen aufgeteilt, nämlich den neu gegründeten Reichsforschungsrat (RFR), der jene Forschungsfelder in Natur-, Agrar-, Sozial- und Technikwissenschaften förderte, die den expansiven und gesellschaftsbiologischen Zielen des Nationalsozialismus unmittelbar dienlich sein konnten. Daneben aber bestand die Institution DFG selbst ebenfalls weiter, einerseits als Verwaltungsstelle des RFR, andererseits als Förderorganisation für die Geisteswissenschaften. Mentzel führte fortan in Personalunion die Geschäfte von DFG und RFR.

Abstrahiert man ein wenig vom Wortgetöse und von den persönlichen Überspanntheiten vieler Akteure, ihren Bemühungen um Netzwerkbildungen und Intrigen zur Beförderung individueller Vorteile, so ging es in diesen Machtkämpfen in und um die DFG und in vielen Hochschulen doch nicht zuletzt um einen Generationskonflikt. Die DFG wie die Universitäten wurden Anfang 1933 noch immer vom Typus des spätwilhelminischen Ordinarius beherrscht. Der DFG-

²⁰ Zit. nach Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 113.

²¹ Vgl. ebd., S. 111–115; Mertens, Würdige, S. 50 f., 61 f., 147–155.

Hauptausschuss hatte sich schon 1927 anlässlich der Kritik jüngerer Wissenschaftler selbstbewusst als „Hindenburgfront des Alters“ bezeichnet, und um 1933 lag der Altersdurchschnitt der meisten DFG-Gremien deutlich über sechzig Jahren.²² Betrachtet man dagegen die Führungsspitze der DFG und des RFR am Ende der 1930er Jahre, so fällt eine deutliche Verjüngung ins Auge. Von den 18 zwischen 1937 und 1942 ernannten Fachspartenleitern waren acht zwischen 1891 und 1899 sowie fünf zwischen 1900 und 1907 geboren. DFG-Präsident Rudolf Mentzel selbst war im Jahr 1900 geboren worden, seit 1925 Mitglied der NSDAP, seit 1932 SS-Führer und bildete den Mittelpunkt eines Netzes junger, hochgradig politisierter, zugleich aber pragmatisch auf Effektivität bedachter NS-Wissenschaftler, die sich teilweise aus der gemeinsamen „Kampfzeit“ in Göttingen kannten.²³

Während ihres Aufstieges stilisierten sich diese jungen Wissenschaftler und „alten Kämpfer“ zwar als kompromisslose Gegner der „spießbürgerlichen“ Ordinarienkultur und legitimierten ihre Karriereansprüche mit ihrer schon vor 1933 unter Beweis gestellten Rolle als Protagonisten einer nationalsozialistischen „kämpfenden Wissenschaft“. Doch zumindest für die im Kontext der DFG Aktiven dieser Alterskohorte gilt: Sobald sie sich einigermaßen sicher etabliert hatten, suchten sie in der Regel einen Modus Vivendi mit den älteren Kollegen, der auf dem generationenübergreifenden Konsens aufbaute, dass es das primäre Ziel deutscher Wissenschaftler sein müsse, einen effektiven Beitrag zur Kriegführung der Nation zu leisten. Sowohl im Interesse größtmöglicher Effizienz als auch in Anpassung an die Normen der älteren Ordinarien hielten die neuen Führungskräfte der DFG und des RFR zwischen 1937 und 1945 an einigen Elementen der traditionellen *corporate identity* der DFG fest.

So erkannten zum einen auch die hochgradig politisierten Spitzenfunktionäre von RFR und DFG im Grundsatz an, dass die Effizienz von Forschungsförderung gewinne, wenn die Förderentscheidungen nicht von außerfachlichen Instanzen getroffen würden, sondern im Wege des *peer review* zustande kämen. Die Mehrheit der Fachspartenleiter des RFR bestand daher aus in ihren jeweiligen Fächern als Leitfiguren bereits seit langem anerkannten Professoren, vom Chirurgen Ferdinand Sauerbruch über den theoretischen Physiker Walther Gerlach bis zu Erwin Marx, der bis in die 1960er Jahre hinein der von der DFG am meisten geförderte Elektrotechniker bleiben würde. Wo es ihnen nötig erschien, holten die Fachgruppenleiter auch weiterhin Gutachten zu einzelnen Projekten ein; sofern sie sich selbst für hinreichend kompetent hielten, gutachteten und entschieden sie in einer Person. Gemessen an den nach 1945 in (West-)Deutschland etablierten Regeln kann hier selbstverständlich nicht von einem „echten“ *peer review* die Rede sein. Allerdings hatte auch das von der DFG bis 1933 praktizierte Begutachtungsverfahren diesen Regeln keineswegs entsprochen: Zumeist hatte die DFG zu jedem Antrag nur ein einziges Gutachten eingeholt und auf dessen Grundlage hatte Präsident Schmitt-Ott weitgehend autokratisch entschieden. Die

²² Protokoll des Hauptausschusses vom 12. 11. 1927, BAK, R73/92, fol. 20.

²³ Vgl. Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 148–154, 235–246 sowie die Kurzbiographien der Fachspartenleiter im Anhang.

Gutachter waren in der Regel durch Wahlen in ihre Funktionen gelangt, bei denen sie – vom DFG-Präsidium nominiert – jeweils die einzigen Kandidaten für ihre Position gewesen waren. Gemessen an dieser Tradition des *peer review* könnte man das ab 1937 vom RFR praktizierte Verfahren denn doch als ein eben solches beschreiben – und zwar als ein nach dem „Führerprinzip“ durchgeführtes.

Zum anderen hielt der Reichsforschungsrat selbst im Krieg an einer normativen Hierarchisierung von Grundlagenforschung, Zweckforschung und technischer Entwicklung fest und vermittelte seiner Klientel die Gewissheit, dass sie als vom RFR geförderte Wissenschaftler der eigentlichen Elite des wissenschaftlichen Feldes, nämlich der Gruppe der Grundlagenforscher, zuzurechnen seien. Noch im November 1944 forderte die Geschäftsstelle beispielsweise einen Antragsteller dazu auf, die „Grenzen der reinen Forschung“ zu beachten und nur diese vom RFR, technische Entwicklungsarbeiten an Waffensystemen aber durch die Wehrmacht finanzieren zu lassen.²⁴ Diese Grenzziehung war rein symbolisch. Innerhalb der umfangreichen und komplexen Forschungsprogramme, die der RFR während des Zweiten Weltkrieges finanzierte und die auf die Fortentwicklung von Rüstungstechnologie zielten, war eine Unterscheidung von Grundlagenforschung, Zweckforschung und technischer Entwicklung nicht ernsthaft möglich. Dass man es dennoch – eben rein symbolisch – immer wieder tat, sagt letztlich vor allem etwas darüber aus, wie sich die betreffenden Wissenschaftler selbst sehen wollten, unabhängig davon, was sie gerade konkret taten – eben als Grundlagenforscher. Und der RFR tat das Seine, den Erhalt dieses normativen Selbstbildes zu ermöglichen.

All dies war möglich, weil zwischen allen miteinander konkurrierenden Fraktionen, Seilschaften, Generationen und Wissenschaftlertypen ein solider Grundkonsens darüber bestand, dass die zu fördernde Forschung dem Aufstieg Deutschlands zu einer Großmacht bzw. dem Sieg im Zweiten Weltkrieg zu dienen habe. Begriff und Modell einer „Selbstmobilisierung“ der Wissenschaften für die Ziele des Nationalsozialismus, die in den letzten Jahren in Abgrenzung zur Vorstellung eines „Missbrauchs“ der Wissenschaften weitgehende Akzeptanz gefunden haben, beschreiben auch das Verhalten der Institution DFG und ihrer Gremien bzw. ihrer professoralen Klientel zutreffend.

DFG und Reichsforschungsrat wurden zu wichtigen Finanzquellen für zentrale Projekte nationalsozialistischer Forschung. Die DFG unterstützte unter anderem Arbeiten des SS-Ahnenerbes und finanzierte ab 1940 den „Kriegseinsatz“ von 600 Geisteswissenschaftlern, den der Kieler Rektor und RFR-Fachspartenleiter für Raumforschung, Paul Ritterbusch, leitete.²⁵ Gelder flossen in die Forschungen profilierter Rassenhygieniker wie Ernst Rüdin oder Ottmar von Verschuer und förderten damit „Grundlagenforschung“ für die NS-Erbgesundheitspolitik. Auch die mörderischen Humanexperimente in deutschen Konzentrationslagern wurden durch Gelder und Apparate von DFG und RFR mit ermöglicht, so etwa die Sterilisationsexperimente von Carl Clauberg in Auschwitz, die Virusforschung

²⁴ Zit. nach ebd., S. 309.

²⁵ Vgl. hierzu Hausmann, Geisteswissenschaft.

von Eugen Haagen in Natzweiler, die Malariaexperimente von Claus Schilling in Dachau und die Zwillingsuntersuchungen von Josef Mengele in Auschwitz. Wie Anne Cottebrune zeigt, gehörte der Kriminalbiologe Robert Ritter, der im Auftrag von Reichsgesundheitsamt und Reichskriminalpolizeiamt „Asoziale“ und „Zigeuner“ untersuchte und auf dessen Klassifizierungen der Letztgenannten deren Deportation nach Auschwitz teilweise beruhte, ab 1937 zu den bevorzugten Beihilfeempfängern der DFG.²⁶ Die umfangreiche interdisziplinäre Begleitforschung zum „Generalplan Ost“ von 1942 wurde vollständig über den RFR finanziert. Die Untersuchung von Sören Flachowsky belegt schließlich den großen Umfang, die Intensität und Zielgerichtetheit, mit welcher der RFR kriegs- und rüstungsrelevante Forschungen der Natur- und Technikwissenschaften während des Zweiten Weltkrieges förderte und koordinierte. So finanzierte beispielsweise die Fachsparte Elektrotechnik 1943/44 unter anderem die Entwicklung von Störsendern, die Arbeit an elektronischen Steuerungselementen für Bomben, Raketen, Torpedos und Minen, die Entwicklung von Flugzeugapparaturen, von Hochfrequenz- und Peilgeräten, von elektronischen Bauteilen für Panzermotoren und von Tarnverfahren für U-Boote. Dabei gelang es dem Leiter der Fachsparte, dem Braunschweiger Professor Erwin Marx, Hochschul-, Industrie- und Wehrmachtsforscher in gemeinsamen Projekten zu koordinieren.²⁷

Dennoch erscheint es nicht plausibel, die Rolle der Institutionen DFG und RFR, das heißt die Rolle ihrer Spitzenfunktionäre und ihrer Geschäftsstellen, für die Initiierung der den gesellschaftsbiologischen und kriegerisch-expansiven Zielen des Nationalsozialismus dienlichen Forschungen allzu stark zu gewichten. Beide boten den hier engagierten Forschern förderliche Rahmenbedingungen und Dienstleistungen – von der Finanzierung über die UK-Stellung von Mitarbeitern und die Beschaffung von Rohstoffen und Apparaten bis zur Gewährleistung von Kommunikation und Koordination der Beteiligten. Initiativ aber wurden in aller Regel die Wissenschaftler selbst bzw. disziplinäre Netzwerke von Forschern, die dann die Möglichkeiten von DFG und RFR für sich zu nutzen wussten. Fachspartenleiter wie Gerlach (Physik), Peter Adolf Thiessen (Chemie), Sauerbruch (Medizin) oder Konrad Meyer (Landbauwissenschaft und Biologie) agierten primär als Repräsentanten ihrer jeweiligen wissenschaftlichen Netzwerke und verfolgten eigene Agenden. Für Meyer beispielsweise bedeutete seine Funktion als Fachspartenleiter im Wesentlichen den ungehinderten Zugriff auf eine reichlich sprudelnde Finanzquelle und somit ein Lenkungsinstrument für ein Forschungsfeld, das er auch unabhängig hiervon durch seine Rolle in wissenschaftlichen wie politischen Netzwerken und die damit verbundene Anhäufung von Funktionen – so unter anderem: als Chef der Hauptabteilung Planung und Boden des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, als Obmann des Forschungsdienstes der Reichsarbeitsgemeinschaften der Landbauwissenschaft, als Herausgeber der Zeitschriften *Neues Bauerntum*, *Forschungsdienst* und *Raumforschung und Raumordnung*, als Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft

²⁶ Cottebrune, Forschungsgemeinschaft, S. 355 f., 372–375.

²⁷ Vgl. Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 306–374; zu Marx vor allem S. 319 ff.

für Raumforschung, als Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften und als Lehrstuhlinhaber für Agrarwesen und Agrarpolitik und Leiter des gleichnamigen Instituts an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin – weitgehend dominierte. Meyers Einsatz für den Nationalsozialismus, aber auch das Engagement seiner dem Regime distanzierter gegenüber stehenden Kollegen Gerlach, Thiessen oder Sauerbruch für die Kriegsanstrengungen der Nation mussten nicht gefordert, sondern nur gefördert werden.²⁸

Die eigentliche Leistung von DFG und RFR für den Nationalsozialismus bestand darin, den Hochschulforschern einen Freiraum bereitzustellen, in dem sie ihre Kreativität und ihre Bereitschaft zum Engagement für das Regime und seine Kriegsziele in der Atmosphäre einer auf das Wissenschaftliche begrenzten Vieltimmigkeit bei gleichzeitiger Akzeptanz des politischen Grundkurses verwirklichen konnten. Dazu bedurfte es nicht mehr, aber auch nicht weniger, als einiger finanzieller, materieller und personeller Ressourcen sowie eines gewissen Schutzes der in diesem Sinne für das Regime aktiven Wissenschaftler gegen störende Interventionen selbsternannter Hohepriester und Glaubenswächter „des“ Nationalsozialismus. Daher gehörte DFG-Präsident Mentzel beispielsweise zu jenen NS-Wissenschaftspolitikern, welche die modernen, sprich: effektiven Physiker um Werner Heisenberg gegen die Protagonisten der „Deutschen Physik“ stützten. Wenn die politische Spitze von DFG und RFR im Gegenzug von den Wissenschaftlern erwartete, den ihnen gewährten Freiraum gemäß dem Führerprinzip zu verwalten, so war damit zum einen die Vorstellung verbunden, hierdurch die Effektivität von Forschung im Sinne einer kurzfristigen Kampagnenfähigkeit für konkrete Ziele zu erhöhen. Zum anderen diente die Implantation dieses allgemeinen Organisationsprinzips des NS-Staates in die Forschung der strukturellen Einbindung der Wissenschaftler in das nationalsozialistische Herrschaftssystem. Der Mentalität des durchschnittlichen deutschen Ordinarius von 1940 war ein solch autoritäres Prinzip nicht völlig fremd, im Binnenverhältnis der Wissenschaften wurde das Führerprinzip gleichwohl an ältere Normen des professoralen Komments angepasst. Daher galten den Professoren nach 1945 im Rückblick zwar die Führungsansprüche eines Rudolf Mentzel als inakzeptables Hineinregieren des NS-Regimes in die Wissenschaft, die autoritären Führungsstile, die Gerlach oder Thiessen dagegen in den letzten Kriegsjahren praktiziert hatten, als im Interesse der Forschung begrüßenswert „energisches“ Handeln.

PLURALISIERUNG NACH 1949

Die totale Niederlage von 1945 hat die Norm einer nationalistisch aufgeladenen Wissenschaft radikal diskreditiert, ohne dass dies in der Binnenkommunikation der DFG nach ihrer Neukonstituierung 1949 explizit diskutiert worden wäre. Vielmehr distanzierte man sich von diesem Leitbild auf drei indirekten Wegen: Erstens setzte man auf eine widersprüchliche, im Vergleich zu anderen Bereichen

²⁸ Zu Meyer vgl. Heinemann, *Wissenschaft*.

des wissenschaftlichen Alltags gleichwohl etwas konsequentere Entnazifizierung, indem man versuchte, scheinbar seriöse Wissenschaftler von – so der Schlüsselbegriff in Gutachten der 1950er Jahre – völkischen „Dilettanten“ zu unterscheiden. Zweitens etablierten Spitzengremien wie Gutachter eine abstrakte, das heißt eben nicht konkret gegen den Nationalsozialismus gezielte, Politikferne als Kriterium seriöser Forschung. Politisches Engagement in jedweder Richtung führte nun, so ein Gutachten von 1952, zu dem Schluss, der Antragsteller habe „die Unabhängigkeit eines selbständigen wissenschaftlichen Urteils aufgegeben“.²⁹ Der dritte Weg zur Distanzierung vom früheren Leitbild des national engagierten Wissenschaftlers bestand in der geradezu inbrünstigen Ideologisierung der „reinen“, sprich: Grundlagenforschung. Diese war nicht an sich neu, ihre besondere Verve in den 1950er Jahren lässt sich aber nur erklären, wenn man sie als implizite Distanzierung vom alten Leitbild und zugleich als Ersatz für dieses betrachtet.

Eine weitere einschneidende Neuorientierung betraf ab 1949 das Verhältnis deutscher und internationaler, vor allem amerikanischer Wissenschaft. Hatten die Gremien und Gutachter der DFG die Wissenschaftler der USA während der 1920er bis frühen 1940er Jahre als ernstzunehmende, aber zweitklassige Konkurrenten gesehen, so gestand man sich nun endlich ein, den Anschluss an deren Spitzenleistungen erst wieder mühsam herstellen zu müssen. In den frühen 1950er Jahren versuchten die Gutachter ein Muster des Umgangs mit dem neuen wissenschaftlichen Vorbild Amerika normativ verbindlich zu machen, das die Aneignung von Wissen, den Import und die Einübung international anerkannter Methoden mit rituellen Signalen einer kritischen Distanz im Wissenschaftsverständnis kombinierte. So bewilligte der DFG-Fachausschuss Physik der Universität Würzburg zwar 1952 eine Elektronenschleuder, weil damit eine seit zwei Jahrzehnten in den USA entwickelte Hochtechnologie nun auch in Deutschland genutzt werden könne, mahnte aber die Würzburger Physiker, sich – vermeintlich im Unterschied zu den amerikanischen Kollegen – auch künftig gedanklich weniger mit der „technischen Konstruktion der Apparate“ als mit den durch sie zu lösenden wissenschaftlichen Grundsatzfragen zu beschäftigen.³⁰ Den aus der US-Emigration nach Deutschland zurückgekehrten Psychologen Kurt Bondy ermahnten die Gutachter im selben Jahr, seine „aus den USA“ mitgebrachten „Auffassungen über den akademischen Betrieb“ abzulegen, sprich: sich wieder in die hierarchische Struktur der Ordinariuniversität einzuordnen.³¹

Wenn solche Versuche, das traditionelle Leitbild des holistischen Gelehrten und Ordinarius trotz einer zunehmenden Integration in die westliche *scientific community* aufrechtzuerhalten, ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre an Kraft verloren, so spiegelte sich hierin eine Gesamttendenz wider: die Auflösung der sozialen und normativen Homogenität innerhalb des sozialen Raumes DFG, das Einrücken einer durch Studien- und Forschungsaufenthalte im westlichen

²⁹ Hauptausschussliste 45/1952, S. 28, BAK, B 227/142.

³⁰ Hauptausschussliste 4/1952, S. 17, BAK, B 227/117.

³¹ Gutachten von Gustav Kafka, 24. 12. 1952, DFG-Archiv, Bo 59, fol. 2787; vgl. auch meinen Aufsatz über die Geistes- und Sozialwissenschaften in diesem Band.

Ausland geprägten Generation auf die Lehrstühle und die Pluralisierung wissenschaftlicher Stile. Die Kombination von Generationswechsel und schnellem Ausbau der Universitäten erodierte die Homogenität der Professorenschaft und veränderte die Machtverteilungen innerhalb der DFG. Zwischen 1955 und 1967 wuchs die Zahl der im Rahmen der DFG-Gutachterwahlen Stimmberechtigten aufgrund des Ausbaus der Hochschulen um siebzig Prozent. Parallel stieg die Zahl der an die DFG gerichteten Anträge, ein Phänomen, dem man nur durch die rasche Vermehrung der Fachgutachter und schließlich angesichts der zunehmenden Spezialisierung von Forschung mit der vermehrten Bestellung von Sondergutachtern durch die Geschäftsstelle beikommen konnte.

Damit verlagerte sich – gegen vielfache Widersprüche aus den Reihen der Fachgutachter – immer mehr Macht von den Ordinarien zu den Referenten der Geschäftsstelle, und der den Gutachtern verbleibende Einfluss wurde immer breiter gestreut. Dieser Effekt wurde noch dadurch verstärkt, dass seit der Fachgutachterwahl von 1963 bei jeder Wahl regelmäßig zwei Drittel der Gutachter von den Wählern ausgetauscht wurden – auch dies war ein Indikator sinkender Homogenität innerhalb der DFG-Klientel. Mitte der 1970er Jahre waren immerhin 3 Prozent aller westdeutschen Professoren mindestens eine Wahlperiode lang DFG-Fachgutachter gewesen, 34 Prozent waren als Sondergutachter aktiviert worden – das Establishment der DFG hatte mithin an Exklusivität erkennbar eingebüßt.³² 1970 war eine Kommission des DFG-Hauptausschusses schon so weit vom traditionellen Leitbild des Ordinarius abgerückt, dass sie empfahl, auch nicht habilitierte Mittelbauangehörige zu Fachgutachtern wählen zu lassen; erst eine Intervention der Geschäftsstelle bewahrte die Professoren davor, sich ihres Begutachtungsprivilegs zu entledigen.³³ Das aktive Wahlrecht zu den Fachausschüssen – und somit die formale Integration in die Gemeinschaft seriöser Hochschulwissenschaftler – erhielten die Mittelbauangehörigen allerdings 1971 dann doch, wodurch sich die Wählerschaft auf einen Schlag verdoppelte.³⁴

Wenn traditionelle Leitbilder innerhalb der DFG-Population an Verbindlichkeit verloren, so war dies kein konfliktfreier Vorgang. Ganz im Gegenteil lässt sich in den 1960er Jahren erkennen, dass eine freilich schrumpfende Kerngruppe traditioneller Ordinarien gerade angesichts ihrer an den Hochschulen zunehmend prekär werdenden Macht versuchte, die DFG als Rückzugsraum und Kampfinstrument bei der Verteidigung ihres wissenschaftlichen Lebensstils zu nutzen. Mit Verve stritt etwa der damalige DFG-Präsident Julius Speer gegen die Demokratisierung der Hochschulen und die Versuche vor allem der sozialliberalen Koalition, die Orientierung an gesellschaftlichen Nutzeffekten zum entscheidenden Bewertungskriterium für die Relevanz von Forschung zu machen.³⁵ Mit Speer plädierte auch der Philosoph Hermann Lübbe 1970 dafür, die DFG solle bewusst zu jenen „dogmatischen Positionen eine gewisse Distanz“ aufbauen, die sich an den

³² Vgl. das Protokoll des DFG-Senats vom 12. 7. 1967, BAK, Film 1831 K.

³³ Vgl. den undatierten Vermerk des DFG-Referenten Petersen (1970), BAK, B 227/596.

³⁴ Vgl. die am 11. 12. 1970 beschlossene Wahlordnung in: ebd.

³⁵ Vgl. etwa Speer, DFG, S. 13 f.; ders., Geldmittel.

Hochschulen infolge von deren Demokratisierung etablierten.³⁶ Insofern hatte die Bundesassistentenkonferenz 1970 nicht unrecht mit dem Verdacht, die DFG solle den Ordinarien konservativen Typs als Rückzugs- und Schutzraum dienen. Allerdings war die DFG selbst längst zum Raum konfliktreicher Wandlungsprozesse geworden und der Führungsanspruch der traditionalistischen Ordinarien keineswegs unumstritten. Seit Anfang der 1960er Jahre spiegelten sich die Generationskonflikte innerhalb der Professorenschaft auch in den Gutachtergremien der DFG.

Aus einigem Abstand betrachtet hat sich in den Richtungskämpfen am Ende der 1960er und Beginn der 1970er Jahre keine Seite entscheidend durchgesetzt, die Klientel der DFG wurde sozial ausgeweitet, analog zu den Strukturveränderungen an ihrer Basis, den Hochschulen, ihre hierarchische Spitze wurde breiter und pluralistischer, ihr Normensystem den Leitenden Spezialisierung, Interdisziplinarisierung und Methodenpluralisierung angepasst, bewahrte aber zugleich traditionelle Elemente, so die Rolle der DFG als „der“ Repräsentantin der Hochschulforschung oder die Identifizierung der DFG-Klientel mit der Grundlagenforschung. In diesem Nebeneinander von Strukturreform und partieller mentaler Beharrung war die Entwicklung der DFG erneut ein Spiegel des bundesdeutschen Wissenschaftssystems insgesamt.

³⁶ Protokoll der Mitgliederversammlung der DFG am 9.7.1970, S. 13, BAK, B 227/596.